

Inhaltsverzeichnis

DIE LINKE: Für soziale Gerechtigkeit und Demokratie vor Ort!	3
Politische Bilanz	4
Öffentlich! Solidarische Wirtschaft – gerechte Finanzen	6
Kommunale Wirtschaftsförderung stärken!	6
Für eine lebenswertes, soziales und ökologisches Remscheid	9
Unterstützung für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und fairen Handel	10
Innerstädtische Grünflächen erhalten und entwickeln	11
Die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Verkehrswende	12
Eine Schule für alle	13
Schulsozialarbeit	13
Kinder mit Handicap	14
Kleinkinder	15
Kinder und Jugendliche	16
Bildung für alle	18
Öffentliche Kultur ist Kultur für alle	19
Sport	20
Arbeit und Soziales	21
Gute Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für alle	22
Damit wir leben können, wie wir wollen: Gleichberechtigung in Remscheid	23
Altern in Würde und sozialer Sicherheit	24
Für ein bürgerorientiertes Gesundheitswesen	25

DIE LINKE: Für soziale Gerechtigkeit und Demokratie vor Ort!

DIE LINKE steht für eine soziale, ökologische und solidarische Politik. Wir sind die Alternative zu den etablierten Parteien und deren Wirtschafts-, Gesellschafts- und Stadtentwicklungspolitik.

DIE LINKE steht für Demokratisierung und Rekommunalisierung – eine Wiedergewinnung des öffentlichen Sektors für alle.

DIE LINKE steht für Vielfalt, ein selbstbestimmtes Leben und die Gleichberechtigung verschiedener Lebensweisen im friedlichen Nebeneinander. Wir entwickeln unsere Politik nach Grundüberzeugungen und sachlichen Kriterien. Wir verkaufen unsere Meinung nicht an Interessengruppen, tauschen sie nicht gegen Posten und orientieren sie nicht an Meinungsumfragen. Die Zukunftsgestaltung Remscheids darf nicht in Parteizirkeln, bürokratischen Verwaltungsrunden oder in der Grauzone sogenannter Hinterzimmergespräche in Sternerestaurants mit wirtschaftlich starken Lobbyisten ausgehandelt werden.

DIE LINKE steht für Solidarität statt Vereinzelung. Wir wollen eine inklusive Gesellschaft und eine Gemeinschaft, in denen alle eine Chance auf ein eigenständiges Leben haben. Herkunft, Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung oder Hautfarbe darf kein Hemmnis sein.

Seit der Kommunalwahl 2009 haben wir uns gegen weitere Privatisierungen und Stellenabbau, für kommunale Betriebe, gegen schlechte Bezahlung und für Mindesttarife, gegen Kürzungen im Sozial-, Kultur- oder Bildungsbereich und für eine bessere finanzielle Ausstattung unserer Stadt eingesetzt.

Das wird auch so bleiben: **DIE LINKE** beteiligt sich auf keinen Fall an einer Politik, die Stellenabbau, Privatisierungen oder Sozialabbau betreibt und die nicht die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessert.

Politische Bilanz

DIE LINKE ist 2009 erstmalig in Fraktionsstärke in den Rat der Stadt Remscheid eingezogen.

In Anträgen, mit Anfragen und Redebeiträgen hat **DIE LINKE** das Tun der Verwaltung und der sogenannten „Gestaltungsmehrheit“ kritisch hinterfragt und um Transparenz in allen Belangen der Kommunalpolitik in Remscheid gekämpft.

DIE LINKE hat sich gegen unsoziale Kürzungspolitik und Personalraubbau in der Verwaltung eingesetzt. Sie hat sich gegen Leistungseinschränkungen für die Bürger eingesetzt.

DIE LINKE hat durch den Einsatz für ein ÖPNV-Sozialticket und Sozialtarife in der Energieversorgung ein unverwechselbares soziales Profil gewonnen.

DIE LINKE im Rat hat sich aktiv für gemeinsame Positionen aller Ratsparteien eingesetzt und gemeinsame Erklärungen z.B. zur Einhaltung des Konnexitätsprinzips und zur Schulsozialarbeit initiiert.

DIE LINKE hat im Sinne politischer Transparenz und Hygiene alle Ansätze von Vetterwirtschaft in der Verwaltung in die Öffentlichkeit getragen und so zu einem Neubeginn im Bereich Stadtplanung und Wirtschaftsförderung beigetragen.

DIE LINKE hat als ökologische Partei an Profil gewonnen: Durch konsequenten Einsatz für Baumschutz, gegen Naturzerstörung und Flächenfraß.

DIE LINKE ist für den Erhalt aller kommunalen Kultureinrichtungen eingetreten. Der Erhalt des Orchesters ist das Werk der Orchestermitglieder selbst. Ihnen gebührt dafür Dank und Anerkennung.

DIE LINKE hat Vorschläge zur Verbesserung der Kommunal Finanzen unterbreitet und sich gegen das unnütze Gutachter-Unwesen der Verwaltung eingesetzt.

DIE LINKE sieht im Kampf um eine zukunftsorientierte Bildungspolitik weiterhin eine der vordringlichsten politischen Aufgaben. Im Sinne eines vermeintlichen Schulfriedens sind Grüne und Sozialdemokraten leider vom gemeinsamen Eintreten für eine dritte Gesamtschule in Remscheid abgerückt.

DIE LINKE hat sich für Integration und das friedliche Miteinander aller Menschen in Remscheid eingesetzt, gegen Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Antisemitismus. Sie wirkt im Bündnis „Remscheid Tolerant“ für ein weltoffenes, demokratisches Remscheid.

DIE LINKE ist als die Kraft im Rat der Stadt hervorgetreten, die sich konsequent für die Rechte von Mädchen und Frauen eingesetzt hat. Ein Beispiel ist unser Antrag für den Beitritt Remscheids zur UN Charta für die Rechte von Frauen und Mädchen.

DIE LINKE hat sich für die auskömmliche Finanzierung der Träger der freien Jugend- und Kinderarbeit eingesetzt und sich immer gegen Kürzungen in diesem Bereich verwandt.

DIE LINKE ist die Partei für eine moderne Stadtentwicklung. Sie richtet sich gegen vermeintliche Leuchtturmprojekte wie das Schaufenster der Wirtschaft oder Innenstadt zerstörende Ansiedlungen großflächigen Einzelhandels wie das DOC.

DIE LINKE hat sich immer wieder für eine transparente Sitzungskultur des Rates und seiner Gremien und somit für Öffentlichkeit und Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen eingesetzt.

Auf unserer Internetpräsenz www.dielinke-remscheid.de sind alle Presseerklärungen der LINKEN seit Bestehen einzusehen. Unter dem Menüpunkt „Fraktion“ können alle Anträge, Anfragen und Wortbeiträge der Fraktion **DIE LINKE** im Rat der Stadt Remscheid eingesehen werden. Im Gegensatz zu anderen Parteien zeigen wir auch hier vollständige Transparenz.

Öffentlich! Solidarische Wirtschaft – gerechte Finanzen

Ein guter öffentlicher Dienst und eine bedarfsgerechte öffentliche Infrastruktur sind unverzichtbarer Bestandteil sozialer Gerechtigkeit, sozialer Demokratie und eines guten Lebens.

Remscheid ist in einer Abwärtsspirale aus Überschuldung, Abwanderung und sinkender Attraktivität gefangen. Kassenkredite sind Kern der kommunalen Finanzkrise, weil sie ausschließlich der Liquiditätssicherung dienen. Sie sind Symbol der zunehmenden Handlungsunfähigkeit der Stadt, da mit steigenden Kassenkrediten auch der Raum für Investitionskredite und damit für Bau und Instandhaltung von Straßen, Schulgebäuden und sonstiger städtischer Infrastruktur enger wird.

Aus der Spirale sinkender Handlungsfähigkeit und wachsender sozialer Probleme führt nur ein gesamtgesellschaftlicher Kraftakt heraus, der die Kommunen mit stabilen Steuereinnahmen ausstattet. Neben höheren Anteilen aus dem gesamtgesellschaftlichen Steueraufkommen müssen die Grund- und Gewerbesteuer grundlegend erneuert werden. Die Gewerbesteuer muss zu einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden, in die auch alle Freiberufler, wie Anwälte, Architekten, Steuerberater usw. einzahlen müssen.

Solange diese grundlegenden Reformen der kommunalen Finanzierung nicht umgesetzt sind, beteiligt sich **DIE LINKE** nicht an – durch angebliche Sachzwänge diktierten – Sparhaushalten. Durch derartige Anstrengungen der Kommunen wird nur der Druck auf Land und Bund, endlich zu einer durchgreifenden Reform der Kommunal Finanzen zu kommen und das Konnexitätsprinzip einzuhalten, erheblich vermindert.

Nach Angaben der Kämmerei ist Remscheid mit mehr als 600 000 000 Euro hoch verschuldet. Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein und die dabei vom Land geforderten Kürzungsmaßnahmen wirken sich negativ auf unsere Stadt aus. Für jeden Euro den wir aus dem „Stärkungspakt“ erhalten, müssen wir ca. zwei Euro einsparen.

Eine Steigerung der Hebesätze zur Grundsteuer B lehnen wir ab, denn diese werden nur abgewälzt und belasten Menschen, die in Mietwohnungen leben.

Kommunale Wirtschaftsförderung stärken!

Die städtische Wirtschaftsförderung hat eine herausragende Bedeutung bei der Ansiedlung von Unternehmen oder der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur. Erst mit diesen Strukturen, die die Privatwirtschaft selber nicht schaffen kann, wird arbeitsteiliges Wirtschaften ermöglicht. Deshalb ist die personelle und qualitative Stärkung dieses Teils der Stadtverwaltung vorrangig zu behandeln.

DIE LINKE fordert deshalb:

- die Stärkung der Rolle dieses Teils der Stadtverwaltung als wirtschaftspolitische Akteurin und Moderatorin vor Ort;
- Branchenkonferenzen und Runde Tische der wirtschaftlichen Akteure mit klaren Arbeitsaufträgen als wichtige Voraussetzung für die Bewältigung von Beschäftigungsproblemen und Strukturkrisen.

Die Folgen des Niederganges der Industrie in Remscheid sind nicht überwunden, das zeigen die immer noch überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten. Der Arbeitsmarkt ist gespalten. Durch eine mangelhafte Bildungspolitik und den demographischen Wandel verstärken sich auch in Remscheid die Anzeichen eines Fachkräftemangels. Auf der anderen Seite verfestigt sich Langzeitarbeitslosigkeit.

Die kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Wir sind für die regionale und interkommunale Zusammenarbeit im bergischen Städtedreieck und den angrenzenden Kreisen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen. Dazu gehört auch die gegenseitige Unterstützung bei der Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe, der Ausweisung neuer Gewerbeflächen und der Reaktivierung von Industriebrachen.

DIE LINKE ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik.

DIE LINKE setzt sich weiterhin ein für:

- eine grundlegende Entschuldung, eine dauerhafte Anhebung des kommunalen Anteils im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GFG) auf 28 Prozent und eine Gegenfinanzierung durch die Einführung einer Millionärsteuer sowie eine höhere Erbschaftssteuer, um die Einnahmen für die Städte und Gemeinden in NRW zu stärken;
- ein möglichst breites und qualitativ gutes Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen haben einen sozialen Auftrag und sind dazu verpflichtet, die sozialen Grundrechte der Einwohnerinnen und Einwohner durch soziale Dienstleistungen und soziale Tarifstrukturen einzulösen;
- die Anteile der Stadtwerke, die jetzt im Besitz von RWE und EON sind, müssen zurück in öffentliche Hand. Die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten müssen gestärkt werden und die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie die Betroffenen-Organisationen in Entscheidungen der Unternehmensführung und Tarifstruktur unmittelbar einbezogen werden;
- eine Stärkung der Stadtwerke, damit sie auf ihrem regionalen Markt wirksam

Einfluss nehmen können. Die Energie- und Wasserversorgung hat im öffentlichen Eigentum zu erfolgen;

- um Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung zu nehmen, soll die GEWAG nicht nur einen Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen besitzen, sondern kontinuierlich Wohnungen zeitgemäß sanieren und den Neubau von preiswertem Wohnraum mit öffentlicher Förderung sicherstellen;
- eine Rekommunalisierung des SANA Klinikums ist langfristig anzustreben, ein kommunales Krankenhaus ist notwendiger Bestandteil öffentlicher Gesundheitsvorsorge;
- eine Vorbildfunktion von Verwaltung und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten;
- Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung;
- den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen, denn die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und die Folgen der Auflösung der Westdeutschen Landesbank, jetzt Portigon AG, dürfen nicht auf den Schultern der kommunalen Sparkassen ausgetragen werden. Eine Privatisierung oder Teilprivatisierung der Sparkasse lehnen wir ab;
- für die Einstellung eines Betriebsprüfers im Bereich der Gewerbesteuer;
- die Gewährleistung der Kontrolle und Überprüfung der Zwecke der städtischen Unternehmen durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt.

Für eine lebenswertes, soziales und ökologisches Remscheid

DIE LINKE setzt sich ein für ein attraktives und lebenswertes Remscheid, in dem Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten aufeinander und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung abgestimmt sind. Remscheid muss eine zukunftsorientierte nachhaltige Stadtplanung unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger entwickeln, die versucht, neue soziale und ökologische Schäden zu vermeiden und alte zu reparieren und die auch die demographische Entwicklung berücksichtigt. Ökologie muss Vorrang vor Ökonomie haben.

Diametral entgegen steht diesen Forderungen die Ansiedlung eines Designer Outlet Centers (DOC) in Lennep. Das DOC wird u.a. massive Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen in Lennep und auf Natur, Umwelt und Gesundheit haben. Aber auch der Einzelhandel in Remscheid wird von den Folgen nicht verschont bleiben:

- verstopfte Straßen Tag für Tag;
- Zunahme von Verkehr, somit mehr Lärm und Zunahme der gesundheitsschädlichen Feinstaubemissionen;
- weitere Abnahme des noch existierenden Einzelhandels infolge der DOC-Konkurrenz;
- deutlich verminderte und an den äußersten Stadtrand verdrängte Sportmöglichkeiten;
- Zerstörung von Natur und zusätzliche Versiegelung von Flächen im Zuge der DOC-Baumaßnahmen und der dafür notwendigen Straßenverbreiterungen;
- Verschandelung des historischen Stadtbildes.

Stadtentwicklung, die sich nur auf Arbeitsplätze mit geringer Wertschöpfung und prekären Beschäftigungsverhältnissen konzentriert (Handel und Logistik), lehnen wir ab. Vorrang sollte die Schaffung produktiver Arbeitsplätze haben. In einer älter werdenden Gesellschaft muss es um den Erhalt der Nahversorgung, Infrastruktureinrichtungen und Mobilität gehen.

DIE LINKE tritt ein für:

- Erweiterung der Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung bei Flächennutzungsplan- und Bebauungsplanverfahren; Einschränkung beschleunigter Verfahren;
- Einrichtung von Gestaltungsbeiräten aus unabhängigen Experten, die bei große-

ren Bebauungs- oder Stadtumbauprojekten beraten, um die stadtbildprägende Ästhetik und die Bauqualität zu verbessern;

- Maßnahmen gegen Zersiedelung und Flächenverbrauch;
- keine „Leuchtturmprojekte“ wie z.B. das „Schaufenster der Wirtschaft“ oder das geplante DOC in Lennep;
- Vorrang für den Erhalt von Verkaufsflächen gegenüber der Schaffung immer neuer Verkaufsflächen; keine Einkaufszentren auf der „Grünen Wiese“;
- Einschränkung des Flächenverbrauchs; Stopp der Ausweisung neuer Wohngebiete in den Randbezirken;
- die „Blume“ muss wieder als landwirtschaftliche Nutzfläche im Regionalplan ausgewiesen werden;
- vorrangige Nutzung von gewerblichen Brachflächen für Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie; konsequente Verpflichtung der früheren Besitzer beziehungsweise Nutzer zur Altlastenbeseitigung
- Erhalt und Ausweitung von Programmen wie „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau West“, die unerlässlich sind für die Verbesserung der Lebensqualität in benachteiligten Stadtteilen; Unterstützung der Jugend- und Bürgerzentren;
- die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten und Wohnprojekten und -gemeinschaften für ältere Menschen, die ein möglichst langes selbstbestimmtes, eigenständiges Leben ermöglichen;
- die Förderung des Denkmalschutzes durch die Kommunen, da Kommunen erst damit ihr geschichtliches Gesicht erhalten bleibt; Forderung nach Rücknahme der drastischen Kürzungen beim Denkmalschutz durch das Land NRW.

Unterstützung für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft und fairen Handel

Die ökologisch nachhaltige Landwirtschaft dient nicht nur der Umwelt, sondern kann auch für die Kommune und ihre Bürgerinnen und Bürger in mehrfacher Hinsicht profitabel sein.

DIE LINKE fordert deshalb:

- Stärkung der Remscheide Wochenmärkte, auf denen regionale, nachhaltig produzierte Waren verkauft werden, anstelle von Produkten einer global Raubbau betreibenden Agrarindustrie;
- die Unterstützung der ProduzentInnen bei der Direktvermarktung regionaler Produkte und die Förderung von gastronomischen Betrieben, die vorrangig re-

gionale Produkte anbieten. Das fördert die regionale Wirtschaft, Ressourcenverbrauch durch weite Transporte wird reduziert;

- die Verpachtung der kommunalen landwirtschaftlichen Nutzflächen, vorrangig für den ökologischen Landbau, wodurch auch die Ausbildung in der ökologischen Landwirtschaft gefördert werden soll;
- kein Anbau genmanipulierter Pflanzen auf landwirtschaftlichen Flächen in Remscheid
- die Bewirtschaftung kommunaler Wälder und Gewässerflächen nach ökologischen Gesichtspunkten;
- die Förderung von Kleinflächen, Wiederaufforstung und Anlage von Brachwiesen sowie die Förderung bäuerlicher Familienbetriebe, um dem Verlust der biologischen Artenvielfalt, der Bodenzerstörung und dem Ressourcenverbrauch Einhalt zu gebieten.

Der Gedanke des fairen Handels (Fairtrade) muss gestärkt und gefördert werden. Remscheid kann durch eine faire Beschaffung einen wichtigen Beitrag zu einer gerechten Handelsordnung und gegen ausbeuterische Arbeitsbedingungen leisten.

DIE LINKE tritt ein für:

- Städte- und Projektpartnerschaften und die internationale Zusammenarbeit von Schulen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und Kultureinrichtungen;
- eine kommunale Entwicklungszusammenarbeit;
- eine ausreichende Finanzierung dieser Arbeit durch die Kommune und das Land NRW;
- Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der kommunalen Entwicklungsarbeit;
- Beitritt Remscheids zu internationalen Bündnissen wie „Cities for Peace“ und „Majors for Peace“.

Innerstädtische Grünflächen erhalten und entwickeln

Das innerstädtische Grün hat in den vergangenen Jahren immer mehr gelitten unter dem Bau von neuen Supermärkten und neuen profitablen Wohnprojekten. Personalabbau bei den Mitarbeitern im Bereich der städtischen Grünflächenpflege tat ein übriges. Das Naherholungsgebiet Stadtpark ist herunter gewirtschaftet und z.T. nachhaltig gefährdet. Durch den Klimawandel und andere schädliche Umwelteinflüsse ist wertvoller Baumbestand im Stadtgebiet in Gefahr.

DIE LINKE fordert deshalb:

- eine Überarbeitung und Anpassung der Baumschutzsatzung an die neue Situation;
- Aufstockung der finanziellen Mittel für den Erhalt und Ausbau innerstädtischer Grünflächen;
- Aufstockung der personellen Möglichkeiten;
- bessere Koordinierung der Tätigkeit von Umweltamt und TBR.

Die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Verkehrswende

DIE LINKE tritt ein für den Erhalt und mittelfristigen Ausbau des bestehenden ÖPNV-Angebotes. Die Stadt hat die gesetzliche Gewährleistungsverantwortung für eine ausreichende Verkehrsbedienung der Bevölkerung. Mobilität ist ein Grundrecht. Doch Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. **DIE LINKE** will den öffentlichen Verkehr gegenüber dem motorisierten Individualverkehr stärken. Für ein dichteres Nahverkehrsnetz mit kurzen Takten müssen ausreichend Busfahrerinnen und -fahrer eingestellt und auskömmlich bezahlt werden.

DIE LINKE fordert:

- der ÖPNV muss öffentlich bleiben;
- eine deutliche Erhöhung des Anteils des öffentlichen Personennahverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen, ebenso des Fuß- und Fahrradverkehrs; dafür müssen die Bedingungen geschaffen werden;
- Sozialticket in Bus und Bahn für alle Geringverdiener und Sozialleistungsbezieher, das diesen Namen verdient (Höchstpreis 15 / Monat);
- Verkürzung der Taktzeiten beim Busverkehr, Rückkehr zu Nachtbusfahrplänen ab 23 Uhr (statt ab 21 Uhr), bessere Versorgung der Randgebiete;
- die strikte Anwendung der Regelungen des Vergabegesetzes NRW und damit die Vergabe von Regionalstrecken nur an Verkehrsunternehmen, die Tariflöhne zahlen - das muss auch für die Subunternehmer gelten.
- Ausweitung und Verknüpfung der Fahrradtrassen

Eine Schule für alle

In Deutschland hängt wie in keinem anderen europäischen Land der Bildungserfolg eines Kindes vom sozialen Status der Eltern ab. Das mehrgliedrige Schulsystem - bestehend aus Hauptschule, Realschule und Gymnasium - ist selektiv und trennt die Kinder viel zu früh. Die auch in Remscheid vorgenommene Gründung einer Sekundarschule hilft in dieser Misere nicht wirklich; vielmehr stützt die Sekundarschule das dreigliedrige System. Ohne die Möglichkeit dort auch einen höher wertigen Abschluss zu erreichen, tritt die Sekundarschule letztlich an die Stelle der sterbenden Hauptschule. Um die Chancengleichheit für alle Kinder - gleich welcher sozialen Herkunft - nachhaltig zu verbessern, ist die Kernforderung in der Bildungspolitik für **DIE LINKE** das „Gemeinsame Lernen“ aller Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis 10 und darüber hinaus bis Klasse 13.

Längst haben Schulpolitikerinnen und Schulpolitiker im Land NRW die Notwendigkeit des „Gemeinsamen Lernens“ während der gesamten Schulzeit erkannt. Sie haben die Möglichkeit geschaffen - zunächst im Modellversuch - Grundschulen und weiterführende Schulen zusammenzuführen und die „Schule von 1-10/13“ zu gründen.

DIE LINKE fordert deshalb:

- Teilnahme am Projekt „Schule von 1-10/13“ in NRW;
- Umstrukturierung der Sekundarschule in eine integrierte Gesamtschule mit eigener Oberstufe;
- Verbesserung der räumlichen und sächlichen Ausstattung aller Schulen, z.B. durch Schaffung von ausreichend großen, hellen und gesunden Lern- und Aufenthaltsräumen;
- ausreichende Spiel- und Schulhofflächen;
- Erneuerung, bessere Ausstattung und Instandhaltung der Fachräume;
- bedarfsdeckende Erweiterung des Betreuungsangebots „Offener Ganztags“ an allen Grundschulen und Förderschulen.

Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit umfasst eine Vielzahl von Aufgaben, die im Spannungsfeld zwischen Schule und Jugendhilfe stehen und der Bedeutung der Schule als Lebensraum für Kinder und Jugendliche gerecht werden sollen. Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter helfen Kindern und Jugendlichen bei Problemen in der Schule, im Elternhaus oder im Freundeskreis. Sie unterstützen darüber hinaus Eltern und Lehrer, intervenieren bei Krisen. Sie machen unterschiedlichste Freizeitangebote über

den Unterrichtsmorgen hinaus. Längst ist die Bedeutung und Notwendigkeit von Sozialarbeitern in der Schule von Politikern in Bund und Land erkannt, ihre Finanzierung hingegen immer wieder in Frage gestellt.

DIE LINKE fordert:

- die vom Bund zur Verfügung gestellten Gelder umfänglich für die Schulsozialarbeit zur Verfügung zu stellen;
- alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Finanzierung der Schulsozialarbeit dauerhaft sicher zu stellen;
- die Zahl der Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter an Remscheider Schulen sukzessive zu erhöhen; zunächst auf mindestens acht Sozialarbeiter in den Remscheider Grundschulen.

Kinder mit Handicap

Teilhabe am gemeinsamen Leben im Kindergarten, in der Schule, in der Freizeit – also gemeinsam aufwachsen und lernen – das ist ein Recht für alle Kinder und Jugendliche mit und ohne Handicap. In der UN-Konvention für Menschen mit Behinderung wurde dieses Recht ausdrücklich formuliert und die strikte Umsetzung von allen UN-Mitgliedstaaten gefordert.

DIE LINKE unterstützt die Forderung nach uneingeschränkter Teilhabe in allen Lebensbereichen und für alle Menschen und setzt sich für deren Umsetzung ein, etwa für das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung in der Schule.

Allerdings warnt **DIE LINKE** ausdrücklich davor, das gemeinsame Lernen, die Inklusion, als Sparmodell zu sehen, indem Förderschulen geschlossen und Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf in der Regelschule unterrichtet werden ohne die absolut notwendigen Voraussetzungen dort geschaffen zu haben. Kinder mit besonderem Förderbedarf benötigen speziell ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die auf ihre Bedürfnisse eingehen können – einige Kinder benötigen diese während ihrer gesamten Schulzeit und darüber hinaus. Kinder mit Förderbedarf benötigen spezielle Lehr-, Lern- und Unterrichtsmaterialien, viele können sich nur in kleinen Klassen mit überschaubarer Schülerzahl konzentrieren und dort lernen. In allen Schulen werden zudem zusätzliche Räume benötigt, Gruppenräume zum Lernen, Räume zum Spielen und Toben, aber auch Räume zum Ausruhen und Stillwerden. Ein besonderes Augenmerk muss auf die spezielle intensive Berufsvorbereitung gelegt werden, die bisher von allen Förderschulen geleistet wurde.

Eine wirkliche, auch berufliche Teilhabe kann nur gelingen, wenn das erworbene Know-How der Förderschulen in diesem Bereich uneingeschränkt den Schülerinnen und Schülern mit ihren je spezifischen Bedürfnissen zuteil werden kann.

DIE LINKE fordert deshalb:

- Erhalt einer Förderschule in Remscheid mit dem Schwerpunkt Lernen - auch wenn die Schülerzahlen unter die geforderte Mindestgröße fallen - damit Eltern ihr Recht auf Schulwahl auch wirklich wahrnehmen können;
- intensive Weiterbildungsmöglichkeit für alle Lehrerinnen und Lehrer der Regelschulen, die Kinder mit Handycap unterrichten;
- darüber hinaus durchgehende Begleitung und Unterstützung der Lehrkräfte und des Inklusionsprozesses in den Regelschulen durch geeignete Fachleute - Psychologen, Pädagogen, Moderatoren;
- Bereitstellung von geeigneten zusätzlichen Räumlichkeiten für die ganzheitliche Förderung von Kindern;
- Ausstattung der Schulen mit geeigneten, je speziellen Unterrichtsmaterialien;
- barrierefreier Zugang zu allen Räumen einer Schule;
- Einstellung von Integrationshelfern, auch für Kinder mit den Förderbedarfen Lernen, sozial-emotionale Entwicklung und Sprache;
- Gründung eines Berufsvorbereitungszentrums, dass Schülerinnen und Schüler aus der Förderschule und aus Schulen des „Gemeinsamen Lernens“ ab Klasse 7/8 regelmäßig nutzen können.

Darüber hinaus fordert **DIE LINKE** vom Land NRW,

- dass die Klassengrößen in allen Schulformen drastisch gesenkt werden - besonders aber in Klassen des „Gemeinsamen Lernens“;
- dass die Stundenzahl der Förderschullehrerinnen und -lehrer in den Klassen mit „Gemeinsamem Unterricht“ so erhöht wird, dass eine ständige Doppelbesetzung möglich ist.

Kleinkinder

Alle Forschungsergebnisse sagen übereinstimmend, dass eine optimale Förderung im frühen Kindesalter die beste Voraussetzung für einen guten Start in die Schule darstellt.

So entdecken und lernen Kinder in den Kindertagesstätten mit ihrem Wissens- und Forschungsdrang, sie knüpfen erste soziale Kontakte.

Daher muss für jedes Kleinkind in Remscheid die Möglichkeit bestehen, ab dem ersten Lebensjahr eine KiTa zu besuchen, die dem Wohl des Kindes verpflichtet ist, den Vorstellungen der Eltern entspricht und in Wohnortnähe gelegen ist.

DIE LINKE fordert deshalb:

- den Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung bedarfsgerecht weiter voranzutreiben, auch über die gesetzlichen Forderungen hinaus;
- dabei den Schwerpunkt eindeutig auf den Ausbau von KiTa-Plätzen zu legen;
- in der KiTa am Bedarf orientierte Betreuungs- und Öffnungszeiten anzubieten, die allen, auch Alleinerziehenden, eine Berufstätigkeit ermöglichen;
- eine kommunale Einstellungspolitik, die die Qualifikation von Erzieherinnen und Erziehern anhebt, was höheren Verdienst und mehr Zeit zur Weiterbildung einschließt;
- die Möglichkeit zur kontinuierlichen Fortbildung zu gewähren, insbesondere in den Bereichen Inklusion, interkulturelle Kompetenz und Sprachförderung;
- Tagespflegeplätze anzubieten, wenn Eltern dies ausdrücklich wünschen, dabei auf die Einhaltung von Qualitätsstandards zu achten, insbesondere bei der Qualifizierung der Betreuungspersonen.

Kinder und Jugendliche

Die sozialen Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche entscheiden ganz wesentlich über die schulischen und damit auch beruflichen Erfolge eines Menschen.

Diese Lebensbedingungen so zu gestalten, dass allen Kindern und Jugendlichen dieser Stadt ein glückliches und gesundes Aufwachsen ermöglicht und der Weg in eine erfolgreiche, auf Teilhabe am politischen, kulturellen und beruflichen Leben ausgerichtete Zukunft geebnet wird, ist primäre und wichtigste Aufgabe aller Entscheidungsträger.

Dazu fordert **DIE LINKE** ein Umdenken in der Kinder- und Jugendarbeit. Nicht die Intervention im Krisenfall sollte den wesentlichen Teil der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen darstellen, sondern das Hauptaugenmerk sollte auf die vorbeugende, präventive Arbeit gerichtet werden. Präventive Kinder- und Jugendarbeit wendet sich an alle Remscheider Kinder und Jugendlichen, nimmt die Unterschiede in der kindlichen Entwicklung wahr und gibt jeder und jedem die Chance auf einen individuellen Lebensweg. Dieser Paradigmenwechsel von einer reparierenden zu einer präventiven Arbeit bedarf der intensiven Auseinandersetzung mit der Thematik auf allen Ebenen der Remscheider Kommunalpolitik - er kann nur gemeinsam mit vielen Akteuren aus diesem Bereich gelingen.

DIE LINKE fordert:

- ein Jahr der Kinder und Jugendlichen auszurufen. In diesem Jahr werden - langfristig und intensiv vorbereitet - Politik, Verwaltung, Akteure der Jugendarbeit

und vor allem die Betroffenen selbst die Situation der Remscheider Kinder und Jugendlichen reflektieren, ihre Bedürfnisse formulieren und Handlungsstrategien daraus ableiten.

Darüber hinaus fordert **DIE LINKE** konkret:

- Freiräume - Spielflächen, Plätze, Treffpunkte - für Kinder und Jugendliche zu schaffen, die sie uneingeschränkt, selbstständig und gefahrlos nutzen können;
- Angebote der freien Kinder- und Jugendarbeit nicht nur zu erhalten sondern weiter bedarfsgerecht auszubauen - wie etwa sozialräumliche Angebote, Mädchen-/Jungenangebote, Angebote für Kinder und Jugendliche mit Handicaps, Angebote für Migrantinnen...;
- dafür die finanziellen Mittel uneingeschränkt bereit zu stellen.

Das bedeutet für **DIE LINKE**, die Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit nicht nur sofort einzustellen sondern den Jugendhilfe-Etat bedarfsgerecht aufzustocken.

Bildung für alle

Die Remscheider Öffentliche Bibliothek gewährleistet das Grundrecht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert unterrichten zu können. Sie fördert Les- und Medienkompetenz, unterstützt die schulische Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie die Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen. Weitere für die Chancen- und Bildungsgerechtigkeit wichtige kommunale Einrichtungen sind die Volkshochschule und die Musik- und Kunstschule.

Diese drei - inzwischen zum Kommunalen Bildungszentrum zusammengefassten - Einrichtungen sind integraler Bestandteil des städtischen Bildungssystems. Sie leiden stark unter den in den letzten Jahren beschlossenen „Haushaltssanierungsmaßnahmen“! Beispielsweise hat die Bibliothek heute - im Vergleich zu 2008 - einen um ca. 60% reduzierten Etat und wird von daher Schwierigkeiten haben, ihrem Bildungsauftrag nachzukommen. Ebenfalls werden die gravierenden Folgen des geplanten massiven Personalabbaus in der Stadtverwaltung in den kommenden Jahren nicht mehr zu übersehen sein. Die Bibliothek wird infolge der kommenden Fachpersonalreduzierung mittelfristig mindestens eine der beiden Stadtteilbibliotheken schließen müssen - die ja ohne ihre Fördervereine schon jetzt nicht mehr existieren könnten - und die Kunstschule wird ohne Leitungsstelle in Vollzeit vermutlich ebenfalls nicht überleben können.

DIE LINKE findet die pädagogische und gesellschaftliche Bedeutung dieser Einrichtungen zu wichtig, um sie den fiskalischen Zielen und Kriterien zu opfern und fordert deshalb:

- die Stelle des Leiters der städtischen Kunstschule muss wieder in Vollzeit besetzt werden;
- die völlig überzogenen Einnahmesteigerungserwartungen im Musik- und Kunstschulbereich müssen revidiert werden;
- die Bibliotheken müssen wieder mit deutlich höherem Medienetat ausgestattet werden und die geplanten weiteren Stellenreduzierungen im Bereich des bibliothekarischen Fachpersonals müssen zurückgenommen werden;
- die Stadtteilbibliotheken müssen in städtischer Trägerschaft erhalten bleiben;
- Bildungsurlaub soll kommunal beworben werden.

Öffentliche Kultur ist Kultur für alle

Kultur ist ein wichtiger Aspekt der Lebensqualität, Grundlage persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Verständigung. Ein vielfältiges kulturelles Angebot ist von zentraler Bedeutung für die Attraktivität einer Stadt.

Vor Ort erlebbare und gestaltbare Kultur stiftet Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Stadt. Damit Migrantinnen und Migranten nicht ausgegrenzt werden und Menschen mit geringer Rente bzw. geringem Einkommen oder Kinder aus armen Familien teilhaben können, muss die kulturelle Infrastruktur sowohl von Toleranz und Offenheit geprägt sein, als auch erschwinglich sein. Die in den letzten Jahren beschlossenen „Haushaltssanierungsmaßnahmen“ stehen dem entgegen: Gebühren wurden erhöht, Personal abgebaut, Etats reduziert, Einrichtungen bereits geschlossen (Bücherbus) oder sollen noch geschlossen werden (Galerie). Manche der Maßnahmen bedeuten ein Sterben auf Raten, dessen Ausmaß erst in einigen Jahren offenkundig werden wird!

Für **DIE LINKE** ist die angemessene Finanzierung von Kunst und Kultur jedoch kein Luxus, sondern eine gesellschaftspolitisch wichtige Zukunftsinvestition. Ein breites kommunales Kulturangebot muss für alle Menschen zugänglich, erlebbar und umsetzbar sein.

DIE LINKE fordert:

- den Erhalt aller kommunalen Kultureinrichtungen von Bibliotheken und Museen, über Teo-Otto-Theater und Orchester bis zur städtischen Galerie und zur Kunstschule;
- die Rücknahme der beschlossenen Etat- und Personalreduzierungen in den kommunalen Kultureinrichtungen;
- die flächendeckende Einführung eines „Kulturpasses“ für alle Menschen, die staatliche Transferleistungen einschließlich Wohngeld beziehen und der unbürokratisch ermäßigte Eintritte in öffentlichen kulturellen Einrichtungen ermöglichen;
- eine gezielte Förderung antirassistischer Kultur;
- die Einrichtung eines Kunst- und Kulturbeirats (mit Architekten, Bildenden Künstlern, Kunsterziehern und anderen Kulturschaffenden);
- die Wiedereinrichtung einer städtischen Kunst- und Kulturkoordinierungsstelle (Kulturamt) als einer Vermittlungsstelle zwischen „freier“ und „öffentlicher“ Kulturszene;
- die Möglichkeit zum Erlernen eines Musikinstrumentes im Rahmen der Vor- und Grundschulunterrichts;

- schulische Projekte wie JEKI („Jedem Kind ein Instrument“) oder „Künstler an die Schule“ langfristig für alle Kinder kostenfrei zugänglich zu machen und interkulturell offen anzulegen;
- Theaterprojekte des WTT mit Schulen wieder mit städtischen Mitteln zu unterstützen.

Sport

Dem Sport kommt für Freizeit und Gesundheit eine ganz besondere Bedeutung und ein eigenständiger Wert zu. Breitensport ist für das gesellschaftliche Leben einer Stadt ebenso wichtig wie sportliche „Highlights“, die die Attraktivität der Stadt für ihre Bürger erhöhen. Sport wird in Vereinen und vereinsunabhängig als offene Freizeitgestaltung betrieben. Für beides muss die Stadt Remscheid nicht nur geeignete Sportstätten bereitstellen sondern zur Teilnahme in geeigneter Form motivieren und alle Akteure des Sports unterstützen und fördern.

In diesem Sinne fordert **DIE LINKE**:

- die Einrichtung eines Sportausschusses, der die Belange des Sports fachlich adäquat vertreten kann;
- den Erhalt aller Sportplätze in Remscheid - insbesondere des Stadions Lennepe;
- die Unterstützung der Vereine bei der Umgestaltung ihrer Rasen-Fußballplätze in Kunstrasenplätze;
- den Neubau einer Dreifachsporthalle;
- die Renovierung aller vorhandenen und noch genutzten Sporthallen;
- die Bereitstellung von geeigneten Sportplätzen und -anlagen für den Breitensport - insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Arbeit und Soziales

DIE LINKE ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Sie setzt sich für faire Löhne, gerechte Steuern, Aufhebung der Kluft zwischen Arm und Reich ein - auf allen politischen Ebenen und Handlungsfeldern, in Bund, Ländern und Kommunen.

Dabei ist die Kommunalpolitik das schwächste Glied in der Kette. Sie kann nicht in die sozialpolitische Gesetzgebung in unserem Land eingreifen noch Steuer- oder Arbeitsmarktpolitik beeinflussen.

Allerdings kann und muss die Kommunalpolitik alles tun, um den schlimmen Folgen der immer größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich mit aller Kraft entgegenzuwirken. Sie muss sich besonders jener Menschen annehmen, deren Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben durch Armut gefährdet ist.

DIE LINKE fordert deshalb:

- die Einführung eines Sozialpasses ("Löwenpass"), der sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürgern die kostengünstige Nutzung von öffentlichem Nahverkehr sowie Bildungs-, Kultur- und Sportangeboten ermöglicht;
- die sofortige Vereinfachung des Verfahrens zur Teilnahme am Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder, da durch den hohen bürokratischen Aufwand viele Eltern und Beteiligte abgeschreckt werden;
- die Fortschreibung des kommunalen Armutsberichtes, wobei die Erhebung von aktuellen Daten über prekäre Lebenssituationen von Remscheiderinnen und Remscheidern und besonders die Evaluation von Maßnahmen, die die Lebenslagen verbessern sollten, wichtig sind, um neue Handlungsstrategien zu entwickeln;
- die Einführung von Sozialtarifen bei der EWR;
- die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, insbesondere auch von größeren Wohnungen für kinderreiche Familien;
- die bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung und Ausstattung von Beratungsstellen - Familienberatungsstellen, Verbraucherzentrale, Remscheider Tafel -, damit alle Rat- und Hilfesuchenden schnellstmöglich Unterstützung finden.

Gute Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für alle

Trotz anders lautender Darstellungen ist die Zahl der Arbeitslosen in Remscheid fast unverändert hoch. Besonders die hohe Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich in den letzten Jahren kaum verringert. Die Chancen für diese Menschen, einen Job zu finden, der ein menschenwürdiges Leben erlaubt, sind äußerst gering.

Viele Remscheiderinnen und Remscheider müssen sich zudem mit prekären Beschäftigungsverhältnissen begnügen. Sie können - trotz Vollzeitbeschäftigung - von ihrer Arbeit nicht leben und müssen ergänzendes Arbeitslosengeld II beantragen. Zudem haben befristete Beschäftigungen und Teilzeitstellen weiter zugenommen. Gerade für junge Menschen, die am Anfang ihrer Berufskarriere stehen, bedeuten Befristungen die Unmöglichkeit einer gesicherten Zukunftsplanung. Zudem tragen Arbeitslosigkeit, Teilzeitjobs und prekäre Beschäftigungen dazu bei, dass Armut im Alter ein immer größeres Problem wird. Besonders Langzeitarbeitslose und Bezieher von Arbeitslosengeld II werden im Alter kaum genügend Geld für ein würdiges Leben haben.

Auf der kommunalen Ebene lässt sich zwar die Arbeits- und Sozialgesetzgebung nicht beeinflussen, trotzdem kann die Stadt in ihrem Bereich für gute Arbeitsplätze sorgen und ihre Möglichkeiten nutzen, arbeitslosen Menschen jede Unterstützung zukommen zu lassen.

DIE LINKE fordert deshalb:

- alle freien Stellen im Jobcenter umgehend zu besetzen, damit allen Arbeitslosen zügig geholfen werden kann;
- die Mitarbeiter im Jobcenter angemessen zu schulen und weiterzubilden, damit sie ihre oft schwierigen Aufgaben angemessen ausüben können;
- Beratungs- und Hilfsstrukturen für Arbeitslose und Arbeitssuchende auf- und auszubauen sowie Selbsthilfeeinrichtungen zu unterstützen;
- in der Stadtverwaltung auf befristete Arbeitsverträge, auf Honorar- und Werkverträge sowie auf Minijobs anstelle von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten grundsätzlich zu verzichten;

Damit wir leben können, wie wir wollen: Gleichberechtigung in Remscheid

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Grundrecht, doch von der Umsetzung sind wir noch weit entfernt. Hinzu kommt der - mit knappen kommunalen Kassen begründete - Abbau kommunaler Leistungen.

Insbesondere Frauen ohne oder mit geringem Einkommen sind von dieser Situation betroffen: Beispielsweise wird ihnen die gesellschaftliche Teilhabe durch erhöhte Gebühren für Kurse, Eintritte oder Benutzungsausweise in Kultur- und Bildungseinrichtungen erschwert.

DIE LINKE tritt für eine aktive Gleichstellungspolitik und eine Haushaltsplanung nach Maßgabe der Gleichstellungsziele ein.

Als einen Schritt in diese Richtung haben sich viele Städte an der „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern“ beteiligt und damit „...ihren Willen bekundet, ihre Kompetenzen und Partnerschaften für die Schaffung von mehr Gleichheit in ihrer Bevölkerung einzusetzen...“ (Frauenbüro der Stadt Münster, 2009). Ein entsprechender Antrag, der 2012 von der Fraktion **DIE LINKE** mit Unterstützung durch die Gleichstellungsstelle eingebracht wurde, fand leider keine Ratsmehrheit. **DIE LINKE** Ratsfraktion wird sich weiter für die Unterzeichnung der Charta einsetzen.

Geschlechtergerechtigkeit schließt für **DIE LINKE** ausdrücklich Lebensweisen von Bisexuellen, Intersexuellen, Lesben und Schwulen mit ein.

DIE LINKE fordert:

- die Einrichtung eines Gleichstellungsausschusses;
- die Rücknahme der Sparbeschlüsse, die Kultur, Bildung und Jugend- und Sozialarbeit betreffen;
- die Verwendung von möglichst 50% des Jugendhilfeeats für die Förderung von Mädchenprojekten, Treffpunkten und speziellen Berufsorientierungsveranstaltungen für Mädchen;
- eine Vorbildfunktion der Stadtverwaltung: Vergabe von Aufträgen nur an Unternehmen, die Tarifbindung und Mindestlöhne anerkennen und die Mädchen und Frauen besonders fördern; Ersetzung von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse; systematische Förderung von Frauen und konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“;
- besondere Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen vor Ort - bei Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall;

- die Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen;
- die Förderung von Sprachkursen und innovativen Angeboten für Migrantinnen, auch in einzelnen Stadtteilen;
- Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation;
- Maßnahmen für eine sichere Stadt Remscheid (Beleuchtung von Wegen, weitest gehender Verzicht auf Fußgängertunnel, Begleitpersonal im ÖPNV...).

Altern in Würde und sozialer Sicherheit

Die höhere Lebenserwartung ist ein großer und erstrebenswerter zivilisatorischer Wert.

Auf Bundesebene fordert **DIE LINKE** eine Grundsicherung durch eine solidarische Mindestrente, die für alle Menschen im Alter ein Nettoeinkommen oberhalb der Armutsgrenze gesetzlich sichert.

Die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit ist für Seniorinnen und Senioren ein unabdingbares Recht und eine wichtige Verpflichtung für unsere Stadt.

Zur Sicherstellung der Generationengerechtigkeit in Remscheid fordern wir die Erstellung eines langfristig konzipierten und kontinuierlich zu aktualisierenden kommunalen Altenplanes. Dieser muss in Zusammenarbeit mit der Politik, Verwaltung und dem Seniorenbeirat unter Einbeziehung möglichst vieler älterer Menschen die Inhalte und Richtlinien für die kommunale Seniorenpolitik erstellen. Hierbei muss vor allem der gesellschaftlichen Ausgrenzung der Seniorinnen und Senioren entgegengewirkt und die Sicherung der Altenpflege in kommunaler Verantwortung gewährleistet werden. Der Propaganda vom „demographischen Wandel“ als gesellschaftlichem Problem und allen Formen von Altersdiskriminierung treten wir entschieden entgegen!

DIE LINKE tritt ein für:

- die Förderung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer;
- die Berücksichtigung älterer Menschen bei Einstellungen in der Verwaltung bzw. in kommunalen Eigenbetrieben;
- ein passgenaues und individuelles Beratungsangebot für Senioren;
- Hilfestellungen für Rentnerinnen und Rentner, die mit dem jetzigen Rentensystem unterhalb der Armutsgrenze liegen und durch Sozialgeld „aufstocken“ müssen;

- die Förderung und Unterstützung von Selbsthilfeprojekten und Mitarbeit in der Politik (Erhaltung des Seniorenbeirats);
- bedarfsgerechter (barrierefreier) Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen;
- Förderung von Wohnprojekten für Wohngemeinschaften (Senioren-Wohngemeinschaften oder Mehrgenerationenhäuser);
- den Bau von Seniorenwohnanlagen in zentraler Lage;
- die Förderung von Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV;
- Schaffung von dezentralen Einkaufsmöglichkeiten in den Stadtteilen - Berücksichtigung bei der Stadtplanung;
- Erstellung von einheitlichen Qualitätsstandards für die Heimaufsicht;
- unbefristete Arbeitsverträge und versicherungspflichtige, nach Tarif entlohnte Arbeitsverhältnisse für alle Pflegekräfte.

Für ein bürgerorientiertes Gesundheitswesen

Neben Bildung, Kultur, sozialen Einrichtungen und Sport gehört ein funktionierendes bürgernahes Gesundheitswesen zu den Eckpfeilern der Daseinsvorsorge und damit eines demokratischen Gemeinwesens. Die Möglichkeiten des kommunalen Handelns werden von den Rahmenbedingungen durch die Bundes- und Landespolitik bestimmt. Insbesondere ausreichende Gemeindefinanzen sind die Grundlage zur Schaffung notwendiger Handlungsspielräume. Daraus ergeben sich folgende Forderungen an die Bundespolitik:

- einheitliche Krankenversicherung für alle Bürgerinnen und Bürger;
- Entmachtung der Arzneimittelloobbyisten und Ärzteverbände;
- sofortiger Stopp der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte;
- freier Zugang zu allen medizinischen Einrichtungen für alle BürgerInnen;
- verpflichtende Verknüpfung von Schulmedizin und Naturheilverfahren;
- bessere Bewertung von ärztlichen Beratungsgesprächen;
- bessere Ausstattung der Kommunen mit Finanzmitteln;
- Einhaltung der notwendigen Hygienestandards in Krankenhäusern.

Aber auch die Kommunalpolitik und -verwaltung muss ihre Ziele auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ausrichten. Dies ist in Remscheid nicht der Fall. Das unser privatisiertes SANA-Klinikum nach der Auswertung der Patientenbefragung durch AOK und Ersatzkassen in NRW an letzter Stelle liegt ist skandalös. Sinnentleerte Erklärungsversuche der Krankenhausgeschäftsführung und halbherzige Systemänderungen durch die Politik helfen nicht weiter. Es geht nicht um Verbesserungen der Kommunikation sondern um radikale Neuorientierungen. Ein an den Bedürfnissen der Menschen orientiertes Gesundheitswesen kann nicht mit betriebswirtschaftlichen Zwängen geführt werden.

Dazu sind folgende Schwerpunkte besonders wichtig:

- Rückführung des SANA-Klinikums in eine öffentlich rechtliche Einrichtung (Entprivatisierung);
- Bereitstellung des notwendigen fachlichen Personals insbesondere im Bereich der Notversorgung;
- Überprüfung der Arbeitsbedingungen des Personals mit dem Ziel der Anpassung an die tariflichen und gesetzlichen Bedingungen;
- Erweiterung und bessere Ausstattung zur Erreichung besserer Hygienestandards;
- Ersatz von Subunternehmen durch Einstellung eigenen Personals;
- Schaffung von ambulanten Nachsorgezentren.

Nur durch eine radikale **Neuorientierung** sind Veränderungen in diesem Bereich möglich.

www.dielinke-remscheid.de

DIE LINKE.

Kreisverband Remscheid

Schützenstraße 62

42853 Remscheid

Tel.: 02191 9513682

Fax..02191 95137 31

E-Mail: info@dielinke-remschedi.de